blocks aufzunehmen, braucht nicht noch einmal gesagt zu werden. Die Räumung der Tribünen, die gestern der sozialdemokratische Präsident Schwarz auf Kommando der Deutschnationalen vornehmen ließ, ist ein erneuter Beweis, wie ernst es der SPD mit dem Kampf gegen das Kabinett Heldt ist. Der „Kampf" der SPD gegen die Regierung des Bürgerblocks, der großschnäuzig und mit radikalen Reden angekündigt ist, wird auch diesmal nichts anderes sein als parlamentarisches Scheinmanöver. Solange die sozialdemokratischen Führer den gemeinsamen Kampf der Arbeiter in den Gewerkschaftsorganisationen gegen die altsozialdemokratischen Stützen der Bürgerblockregierung verhindern, solange sie außerparlamentarisch jedes Zusammengehen mit den Kommunisten zur Massenmobilisation der Arbeiter ablehnen, solange tragen die sozialdemokratischen Führer die Schuld an dem Zustandekommen und der Existenz dieser Regierung des Bürgerblocks.

Die Bildung der sächsischen Bürgerblockregierung und die Versuche, auch im Reich zu einer Rechtsregierung zu kommen, künden die Verschärfung der innerpolitischen Lage an. Die Heldtregierung in Sachsen soll der Stützpunkt der wirtschaftlichen und politischen Reaktion im Reiche sein. Das gilt es für die sächsischen Arbeiter zu erkennen. Ihnen drohen ernste Gefahren. Die Zusammensetzung des sächsischen Kabinetts, die wir an anderer Stelle bringen, bestätigt diese Linie. Der demokratische Innenminister Dr. Dehne ist dasselbe Format wie der Schundminister Dr. Külz. Die Auslieferung des Wirtschafts- und Finanzministeriums an die Wirtschaftspartei, das Anhängsel der Deutschnationalen, läßt neue schwere Belastungen, wie sie bereits in der Erhöhung der Mieten und in der Freigabe der gewerblichen Räume verlangt wurden, für die Arbeiter erwarten.

Jetzt gilt es, in den breiten Schichten der Werktätigen den Charakter dieser Regierung des Bürgerblocks aufzuzeigen und die proletarischen Massen gegen den Bürgerblock zu mobilisieren. Jetzt müssen auch die sozialdemokratischen Arbeiter erkennen, daß es ihre proletarische Pflicht ist, den Aufforderungen der Kommunisten nachzukommen und die gemeinsame Kampffront aller Werktätigen herzustellen, auch gegen den Willen ihrer Führer, deren Mitschuld an dem Zustandekommen dieser Bürgerblockregierung von den Kommunisten vor der Arbeiterschaft festgestellt wird. In den breiten Schichten der Angestellten und Beamten, der Kleinbauern und der Kleingewerbetreibenden gilt es, die Rolle und den Verrat der Aufwertungspartei und ihren politischen Betrug an den Wählern festzustellen. Es gilt, auch diese Schichten der Gefolgschaft dieser reaktionären Hilfstruppe des Bürgertums zu entreißen, sie einzugliedern in die breite Front der Werktätigen. Jetzt müssen alle Kräfte angespannt werden, die Front der Arbeiter zu verbreitern, den Kampf aufzunehmen gegen diesen Wechselbalg des Bürgerblocks, gegen die Heldtregierung, für die Auflösung des Landtages, für die proletarische Einheitsfront, **für ein rotes Arbeitersachsen!**

Regierungskuhhandel um den Rechtsblock im Reiche

Hilfsstellung der SPD. Neue Diktaturpläne

Berlin, 12. Januar. (Eigener Drahtbericht.)

Ueber die Regierungsbildung wird bekannt, daß Hindenburg auch im Falle des Scheiterns der Mission Curtius einen Rechtsblock in offener oder verschleierter Form bilden lassen wird. Dieses Bestreben wird objektiv von der bürgerlichen Mitte und links gefördert. Während das Zentrum sich noch auf der Drehscheibe befindet, hat die jämmerliche Demokratische Partei erklärt, daß sie abwarten will, ob Curtius mit dem Zentrum und den Deutschnationalen zu einer Einigung gelangt. Der Vorwärts wiederholt in dieser Lage trotz bisheriger Fußtritte auch gestern abend wieder seine untertänigste Bereitschaft, um jeden Preis in die Koalition einzutreten. Heute wird Curtius zur besseren Stimmungsmache mit den Gewerkschaften verhandeln. Die Germania macht Enthüllungen über in gewissen Rechtskreisen bestehende Absichten, nötigenfalls eine kleine Rechtsregierung zu bilden, diese auf der Grundlage des § 48 der Reichsverfassung in Stand zu setzen, das Wahlrecht auf dem Verordnungswege zu ändern und sodann den bestehenden Reichstag aufzulösen und Neuwahlen auszuschreiben. Wie der Lokalanzeiger mitteilt, ist jedenfalls beschlossen, den Reichstag am 19. Januar nicht zusammentreten zu lassen, wenn sich bis dahin keine regierungsfähige Mehrheit gebildet hat, sondern ihn weiter zu vertagen.

Curtius an der Arbeit

Berlin, 11. Jan. (Telunion.)

Ueber die heutigen Verhandlungen in der Frage der Regierungsbildung wird amtlich folgender Bericht ausgegeben: Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius besprach im Verlaufe des heutigen Tages die politische Lage und seine Pläne zur Regierungsbildung mit den Vertretern der Fraktionen der Bayrischen Volkspartei, der Demokratischen Partei, der Wirtschaftlichen Vereinigung, der Deutschnationalen Volkspartei und des Zentrums und unterrichtete am Nachmittag den Abgeordneten Müller-Franken als Vertreter der Sozialdemokratischen Partei. Die Besprechungen trugen durchweg vorbereitenden Charakter.

Die SPD fordert die „Volksregierung"

Berlin, 12. Jan. (Eig. Drahtbericht.)

Die geringen Aussichten, die selbst ein Teil der bürgerlichen Rechtspresse der Betrauung Curtius', eine Regierung zu bilden, zuschreibt, veranlassen das sozialdemokratische Zentralorgan zu einer neuen „sachlichen Initiative" für die „Volks- oder stillen Koalition. Der Vorwärts erklärt dazu mit einer frechen Verhöhnung der Arbeiter seiner Partei, es sei zweifellos, daß die Reichstagsfraktion sich der Haltung des Parteiausschusses (der bekanntlich gestern sich neuerdings zum Eintritt in die Regierung gerade im Augenblick der Betrauung Curtius' bereit erklärte) anschließen werde. Die gleiche Reichstagsfraktion also, die vor den Feiertagen gezwungen war, unter dem Druck der Arbeiter das bekannte Scheinmißtrauensvotum einzubringen. Der Vorwärts schreibt: „Da sich die Reichstagsfraktion der Haltung des Parteiausschusses zweifellos anschließen wird, ist jetzt schon die Frage der Verantwortung für den Ausgang der Regierungskrise klargestellt. Es wird nicht an der Sozialdemokratie liegen, wenn die Bildung einer Regierung unterbleibt, die fest auf dem Boden der republikanischen Verwaltung steht, die die Befreiung der Rheinlande weiter fortführt, die Reichswehr unter Ausschaltung einer selbständigen Politik auf ihre rein militärischen Aufgaben beschränkt und den Achtstundentag wieder herstellt. In eine solche Volksregierung einzutreten, wird von der Sozialdemokratie mit allen Mitteln angestrebt; sie zu fördern mit allen Mitteln ist die Sozialdemokratie bereit." Dazu hat der Vorwärts noch die Stirn, den Kuhhandel um die Regierungsbildung zwischen den bürgerlichen Fraktionen als „Klassenkampf" zu erklären. Er schreibt: „Was sich um die Regierungsbildung abspielt, ist nichts anderes, als ein in veränderten modernen Formen sich vollziehender Klassenkampf. Es ist eben auf der Rechten und bei einem Teil der Mittelparteien noch immer die Tendenz vorhanden, den Aufstieg der Arbeiter zur **Gleichberechtigung zu unterbinden.**

Mieterprotest gegen den Heldt-Bürgerblock

Bund Deutscher Mietervereine, Landesverband Sachsen, protestiert.

Die kommunistische Landtagsfraktion erhielt folgendes Telegramm:

Dresden, 10. Jan. 1927.

Landtagsfraktion der Kommunistischen Partei
Landtag Dresden.

„Bitten allerdringlichst, Arbeitsministerium und Wohnwirtschaft keinesfalls Wirtschaftspartei in die Hand zu geben oder deren eigennützigen Sonderwünschen auch nur in einem Punkte nachzugeben. Wie Hirtsiefers Preußenverordnung wirkt, ist gestern in Berlin in einer aus 68 Wirtschaftsverbänden, aus Handel und Gewerbe einberufenen Riesenversammlung, beleuchtet worden. Ebenso die Zwecklosigkeit sogenannter neuer Schlichtungsstellen. Preußens Geschäftswelt aufs äußerste erregt. Allein eine Firma, die in Berlin Filialen hat, muß wegen Kündigung gegen 1000 Angestellte und Arbeiter entlassen. Können Volksvertreter in heutiger Zeit solche Verantwortung übernehmen?

Bund Deutscher Mietervereine, Landesverband Sachsen.
Herrmann. Groß."

Die Wirtschaftspartei ist in Sachsen die Partei der großen Hausbesitzer. Als Kaufpreis für den Bürgerblock hat sich diese Partei die Mietpreiserhöhung und die Aufhebung der Wohnungszwangswirtschaft ausbedungen. Gegen die Mietwucherpläne des Heldt-Bürgerblocks muß die gesamte Arbeiterschaft einen ungeheuren Proteststurm entfachen. Die proletarischen Mieterorganisationen müssen sofort auf den Plan treten. Aber auch die kleinen Handwerker und Gewerbetreibenden werden von der Erhöhung der Wohnungsmieten und der beabsichtigten Freigabe der gewerblichen Räume aufs schwerste betroffen. Deshalb unerbittlicher, rücksichtsloser Kampf gegen die Volksaussauger bis zu ihrem Sturz!

Erwerbslosendelegation im Sächsischen Landtag

Polizeiaufgebot zum „Schutz des Hohen Hauses"

Während im Landtage mit Hochdruck gekuhhandelt wurde, hatten sich in der „Reichskrone" die Dresdner Erwerbslosen zu einer Kundgebung für ihre Forderungen eingefunden. In dem vollbesetzten großen Saal sprach Landtagsabg. Böttcher über die Erwerbslosenforderungen und den Sächsischen Landtag. Anschließend wurde eine Delegation, die aus den Vertretern der Dresdner Erwerbslosen und aus Delegierten aus ganz Ostsachsen gebildet war, gewählt. Die Delegation, die sich aus allen politischen Richtungen zusammensetzte, begab sich nach dem Landtage. Die Schergen des Dresdner altsozialistischen Polizeipräsidenten hatten diesem wahrscheinlich Phantasiegeschichten aufgetischt, und so sandte Kühn ein großes Polizeiaufgebot gegen die Erwerbslosen, das die Umgegend des Landtages besetzte. Der Delegation wurde schließlich doch der Eintritt in den Landtag „gestattet". Ueber den Verlauf ihrer Unterredung mit den Fraktionen wird noch berichtet.

Da die Delegierten an dem Verlauf der politischen Verhandlungen interessiert waren, beantragte im Plenum Genosse Renner Freigabe der Tribünen. Durch Widerspruch der Bürgerlichen wurde der Antrag abgewürgt. Anschließend an die Plenarsitzung des Landtages fand noch eine auf Wunsch der Erwerbslosen durchgeführte Konferenz der Delegation mit Vertretern der kommunistischen Landtagsfraktion statt, in der unter allgemeiner Zustimmung Genosse Böttcher die Haltung unserer Partei in der jetzigen Situation und ihre Forderungen auf Kampf um die Landtagsauflösung begründete. Die Delegierten sprachen der Fraktion die Anerkennung für ihre klare politische Haltung aus und beschlossen, im Sinne der Forderungen und Vorschläge der Kommunisten ihre Tätigkeit fortzusetzen.

Die Marionetten des Industriellenverbandes

Der Kuhhandel der sächsischen Bürgerblockparteien hat zur Zusammenstellung folgender Ministerliste geführt:

Ministerpräsident und Aeußeres: Heldt (Altsoz.),
Innenminister: Dr. Dehne (Dem.),
Volksbildungsminister: Dr. Kaiser (D. Vp.),
Justizminister: Dr. Bünger (D. Vp.),
Finanzminister: Weber (Wirtsch. P.)
Wirtschaftsminister: Dr. Wilhelm (Wirtsch. P.),
Arbeitsminister: Elsner (Altsoz.).

Diese selbst für sozialdemokratische Verhältnisse beispiellose Irreführung der Massen, die Fußtritte, die sie erhalten als Ergebnis des sozialdemokratischen Widerstandes, als ein Resultat des Klassenkampfes hinzustellen, auf den die Sozialdemokratie nicht nur verzichtet, in dem sie vielmehr zugunsten der Bourgeoisie eingreift, wird nicht verfehlen, die Arbeiter auf dem Wege der Linksentwicklung weiterzutreiben, auf dem sie sich in ständigem Vormarsch befindet. Sie werden allerdings beweisen, daß auch die Regierungskrise nur verständlich ist, weil trotz der sozialdemokratischen Kapitulation der Klassenkampf sich ständig verschärft.

Ein sauberer Bürgerblockvertreter

Korruptionsskandal in Sonneberg.

In Sonneberg in Thüringen fand am 6. Januar ein Prozeß gegen den früheren vom Bürgerblock gewählten Bürgermeister Jahreis statt, der angeklagt war, während seiner Amtstätigkeit Geld unterschlagen zu haben, Wertpapiere, die er an die Stadt verkauft hatte, sich widerrechtlich angeeignet und nochmals verkauft und zuletzt auch Aktien unterschlagen zu haben. Dieser Jahreis, der später, zu einer Zeit, als bereits seitens der Kommunisten heftige Angriffe gegen ihn erhoben wurden, von den Sozialdemokraten gestützt wurde, hat in der Inflationszeit durch die Ausgabe von Notgeld ohne jede Deckung die Stadt Sonneberg an den Rand des Bankrotts gebracht. Die Verhandlung ergab die volle Schuld des Angeklagten, so daß der Staatsanwalt sich genötigt sah, eine Gefängnisstrafe von anderthalb Jahren zu beantragen. Der Verteidiger erklärte wiederholt, Jahreis sei für ein solches Amt zu dumm gewesen (!), das beste Zeugnis stellte er dem Sonneberger Bürgerblock aus, als er erklärte, jede Stadt ist den Bürgermeister wert, den sie wählt. Das Urteil lautete auf 10 Monate Gefängnis, bei Anrechnung der Untersuchungshaft. Gegen Stellung einer Kaution von 3000 Mk. wurde der fürsorgliche Stadtvater freigelassen.

Kronzeugen für die Sowjethetze

Ostermeier, der Kronzeuge des Vorwärts gegen die Arbeiterdelegation und Sowjetrußland.

Der Vorwärts vom 6. Januar veröffentlicht einen Artikel gegen die Arbeiterdelegation und gegen Sowjetrußland und stützt sich dabei auf Ausführungen, die der Arbeiterdelegierte Franz Ostermeier in Hamburg gemacht haben soll. Als Vorsitzender der 2. Arbeiterdelegation sehe ich mich veranlaßt, dazu folgendes zu bemerken:

Franz Ostermeier ist parteilos und gewerkschaftlich organisiert. Er kam erst im letzten Moment, kurz vor Abfahrt der Arbeiterdelegation nach Stettin. Gleich bei seiner Ankunft machte er sich unliebsam bemerkbar. Er forderte für seine Familie eine Wochenunterstützung in Höhe von 60 Mark. Da wir das ablehnen mußten, weil für die Unterstützung der Familien der Delegierten ein Wochensatz von 30 bis 40 Mark festgesetzt war und dieser Satz ungefähr dem Ertrag der Sammlung für die Arbeiterdelegation entsprach, regte sich Ostermeier fürchterlich darüber auf. Er schimpfte wie besessen, man habe ihn beschwindelt und unter Vorspiegelung falscher Tatsachen hierher gelockt. Wir erklärten ihm, daß es dann wohl am zweckmäßigsten sei, wenn er zurückbliebe, weil wir den geforderten Unterstützungssatz nicht aufbringen. Trotzdem machte O. die Reise mit.

Bei allen Gelegenheiten machte er sich unliebsam bemerkbar. Nicht etwa, daß er sich belästigt fühlte und sich nicht frei bewegen konnte, sondern O. war das Essen zu schlecht oder die Unterkunft zu schlecht und ähnliches mehr. Trotz wiederholter Aufforderungen, die persönlich an ihn gerichtet worden sind, festzustellen oder mitzuteilen, ob er belästigt worden sei, wo er belästigt worden sei, ob er sich nicht frei bewegen könne, ob ihm dies oder jenes nicht gefalle, hat Ostermeier nie etwas Positives zu sagen gewußt.

Franz Ostermeier ist unserer Ansicht nach ein geborener Querulant. Er konnte sich mit keinem Menschen vertragen. Jedes Gefühl für Solidarität geht ihm völlig ab. Von der sozialistischen Bewegung hat er wenig Kenntnis.

Diese Feststellungen sind notwendig, um die Ausführungen, die Ostermeier nach dem Vorwärts gemacht haben soll, in das richtige Licht zu rücken. Im übrigen wird sich Gelegenheit bieten, an Hand von Berichten nachzuweisen, daß Ostermeier auch anders konnte, als im Vorwärts zu lesen war.

Fritz Köber.
1. Vors. der 2. Arbeiterdelegation.

Van der Meulen, der Vorsitzende der Krim-Delegation über den Kronzeugen des Vorwärts, Franz Ostermeier.

Genosse van der Meulen, der als Vorsitzender der Krim-Delegation mehrere Wochen mit dem Kronzeugen des Vorwärts, Franz Ostermeier, zusammen war, sendet dem Rußlandkomitee folgende Feststellung:

Auf Grund der Veröffentlichungen im Vorwärts, aus welchen hervorgeht, daß Franz Ostermeier, der Parteilose, sich in die Front der Rußlandgegner eingereiht hat, fühle ich mich veranlaßt, folgendes festzustellen:

Während unseres ganzen Aufenthaltes in Rußland hat Franz Ostermeier niemals etwas verlauten lassen, daß er sich unterdrückt gefühlt hat.

Alle Kundgebungen und Deklarationen, die von der Krimdelegation an die russische Arbeiterschaft erlassen wurden, habe ich in der Delegation zur Verlesung und Abstimmung gebracht. Ostermeier hat gegen keine einzige Einspruch erhoben. In allen diesen Erklärungen war von unserer Bewegungsfreiheit und von der Freiheit der russischen Arbeiterklasse die Rede. In allen Erklärungen wurde festgestellt, daß der Delegation alles gezeigt wurde und daß sie selbst bestimmte, was sie sehen wollte. Ebenso wurde in allen Erklärungen festgestellt, daß sich die Lage der russischen Arbeiterklasse in jeder Hinsicht im Vergleich zur zaristischen Zeit erheblich gebessert hat.

Bei Beendigung der Krim-Tour haben wir noch einmal eine große Delegationsversammlung gehabt und dort ist einmütig festgestellt worden, daß die Delegation vollkommene Bewegungsfreiheit gehabt hat.

Wenn Ostermeier heute hingeht und erklärt, daß er keine Bewegungsfreiheit gehabt hat und sagt, daß die russische Arbeiterklasse unterdrückt sei, dann ist das meines Erachtens der Gipfel der Gemeinheit.

Van der Meulen, Duisburg
Vorsitzender der Krim-Delegation.

Die französischen Senatswahlen

Paris, 10. Jan. (Telunion.)

Nach Mitternacht war das vollkommene Ergebnis der gestrigen Neuwahlen des dritten Drittels der Senatssitze noch nicht endgültig festgestellt. Nach den letzten Feststellungen blieben immer noch 13 Sitze, deren Verteilung nach dem dritten Wahlgang noch nicht endgültig feststag. Die Gruppierung der 96 schon als endgültig gewählt zu betrachtenden Senatoren ergibt, daß das alte Linkskartell im jetzigen Senat wieder in den Bereich der Möglichkeit rückt. Die 5 eingeschriebenen Fraktionen im bisherigen Senat waren die Demokratische Linke, die Demokratische radikale Union, die Republikanische Union (mit der bereits die eigentliche Rechte begann), die Republikanische Linke (die schon rechts von der Union saß) und die Gruppe der äußersten Rechten. Die Gruppierung im Senat war aber von jeher stets bestimmt von parteipolitischen Momenten, die ihren Ursprung in den Verhältnissen der meist etwa zwei bis drei Jahre zurückliegenden französischen Gemeindewahlen hatten. So auch diesmal. Die Fraktionsdisziplin, soweit davon auch im bisherigen Senat überhaupt die Rede sein konnte, hatte sich daher schon vor den Wahlen stark gelockert. Augenfällig kam das z. B. bei den Verhältnissen im Elsaß zum Ausdruck. Nach den jetzigen Wahlen wird der Senat in Zukunft etwa folgendes Bild bieten:

Kommunisten bzw. Sozialkommunisten 2, bisher keiner.
Demokratische Linke mit Radikalen, Radikalsozialisten, Republikanern und Sozialisten 170.
Republikanische Mitte (bisherige demokratisch-radikale Union) 17.
Republikanische Union (nationale Einigung und andere) 96
Republikanische Linke 19.
Aeußerste Rechte 10.

Gegen den Terror in Litauen

Bremen, 12. Januar. (Eigene Drahtmeldung.)

Gestern fand hier eine Riesenkundgebung der Bremer Arbeiter gegen den litauischen Terror, verbunden mit einem Protest gegen die bayerische Gegenrevolution statt. An die litauische Gesandtschaft wurde ein Protesttelegramm abgeschickt. Der Münchner Abgeordnete Buchmann erhielt stürmischen Beifall für seine Ausführungen über die bayerische Reaktion.

Protestdemonstration vor der litauischen Gesandtschaft

Berlin, 12. Januar. (Eigener Drahtbericht.)

Gestern abend versammelten sich vor der litauischen Gesandtschaft mehrere hundert Arbeiter, um gegen die faschistische Regierung und gegen den Mord von Arbeiterführern in Litauen zu protestieren und der Gesandtschaft die Verachtung der Berliner Arbeiterschaft auszusprechen. Mit lauten Protestrufen forderten sie Freilassung der politischen Gefangenen und Internierten. Die Schupo war auf 4 Lastautos erschienen, auch zahlreiche Berittene, die die Arbeiter mit Gummiknüppeln traktierten und sie durch die Kurfürstenstraße auf Bürgersteig und Fahrbahn bis zur Potsdamer Straße jagten. Vorher fand auf dem Platz der Apostel-Paulus-Kirche eine Demonstrationsversammlung mit 700 Teilnehmern statt. Mit dem Gesang der „Internationale" schloß diese prachtvolle Kundgebung, die zum Schluß durch das provozierende Eingreifen einzelner Schupobeamten auseinandergetrieben wurde. Zur gleichen Zeit hatten sich mehrere hundert Arbeiter vor der italienischen Botschaft am Tiergarten eingefunden, um gegen das faschistische Regime Mussolinis, gegen die Unterdrückung der Arbeiterbewegung und gegen die Inbrandsetzung von Gewerkschaftshäusern und Zeitungsbetrieben zu protestieren. Auch dort war Zörgiebels blaue Polizei zahlreich auf Lastkraftwagen erschienen. Radfahrerpatrouillen und Berittene sprengten gegen die Arbeiter vor und versuchten, sie auseinanderzutreiben.